

LOBBY DES HERRN

Das Machtpotenzial der christlichen Rechten ist offensichtlich.
Über die Zweckehe von Religion und Politik in den Vereinigten Staaten

Von Josef Braml

Das politische Erstarken konservativer evangelikaler und fundamentalistisch religiöser Bewegungen seit Beginn der achtziger Jahre ist eine der bedeutsamsten kulturellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und bildet die Grundlage für neuartige innen- und außenpolitische Machtstrukturen. Dabei spielen die so genannte Christliche Rechte – konservative evangelikale, aber auch zunehmend katholische Christen und deren Netzwerke – eine zentrale Rolle als Wählerpotenzial und Wahlkampfhilfe der Republikaner im Kongress und als Basis der Bush-Administration im Weißen Haus.

Dieses politische Bündnis kommt nicht von ungefähr: Die Wahlkampfstrategen des Präsidenten leisteten erfolgreiche Arbeit. Ihr Kopf Karl Rove wusste: „Bei den Umfragen zu den Wahlen 2000 hat man gesehen, dass regelmäßige und häufige Kirchgänger mit überwältigender Mehrheit Bush wählten.“ Diese standen demnach auch im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Für Präsident Bush und die Parteistrategen der Republikaner galt es auch bei der Wahl 2004, dieses religiöse Potenzial zu aktivieren.

Mit Erfolg: Der amtierende Präsident konnte seine ohnehin starke Wählerbasis evangelikaler Christen erweitern. Bushs Wähleranteil unter weißen Evangelikalen erhöhte sich von 71 Prozent im Jahre 2000 auf 78 Prozent bei seiner Wiederwahl 2004. Ihm gelang es darüber hinaus, seinen Stimmenanteil bei katholischen Wählern zu steigern, ja, er konnte mehr Stimmen als sein katholischer Herausforderer John Kerry gewinnen: 52 Prozent versus 47 Prozent für Senator Kerry. Präsident Bush konnte konfessionsübergreifend vor allem auf praktizierende Gläubige zählen: Je häufiger Amerikaner in die Kirche gehen, desto eher waren sie geneigt, für ihn zu votieren.

Eine differenzierte Wahlanalyse des renommierten Gallup-Instituts verdeutlichte, dass die Wähler des Wahlsiegers George W. Bush am häufigsten moralische Werte und religiöse Überzeugungen als wichtigstes Kriterium ihrer Wahlentscheidung nannten, gefolgt vom Thema Terrorismus. Es bleibt aber schwierig, diese beiden The-

menkomplexe analytisch voneinander zu trennen: Ging Präsident Bush doch auch mit „moralischer Klarheit“ (moral clarity) gegen die Terroristen vor. Sollten nicht massive wirtschaftliche Probleme und eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse eintreten, dürften neben den Sicherheitsfragen religiös motivierte moralische Kriterien auch bei künftigen Wahlen eine mitentscheidende Rolle spielen und die Demokraten weiterhin vor große Herausforderungen stellen.

Aus historischer Perspektive wird die politische Herausforderung für die Demokraten noch deutlicher, denn seit den achtziger Jahren haben religiöse Faktoren merklich größeren Einfluss auf das Wahlverhalten gewonnen. Empirische Regressionsanalysen kommen zu dem Ergebnis, dass in den USA der Einfluss religiöser Zugehörigkeit auf das Wahlverhalten beträchtlich ist und dem Einfluss demografischer Faktoren wie Einkommen und Bildungsniveau gleichkommt. Dabei tendieren engagierte Gläubige zu konservativeren politischen Einstellungen und haben eine merklich höhere Affinität zu den Republikanern. Demgegenüber bevorzugen weniger Engagierte tendenziell die Demokratische Partei. Treibende Kraft der politischen Umstrukturierung sind Organisationen der Christlichen Rechten, die vor allem die Kerngruppe der Evangelikalen zum politischen Engagement bewegt haben.

Bis weit in die sechziger Jahre hinein war politisches Engagement bei vielen Gläubigen in den Vereinigten Staaten verpönt. Doch mit der Entscheidung des Obersten Gerichts für legale Abtreibung im Fall Roe versus Wade (1973) und mit der Infragestellung der Steuerbegünstigung von christlichen Schulen (1978), politisierten sich die Gläubigen. Zudem brachte das politische Engagement der Feministinnen, der Schwulenbewegung, von Bürgerrechtlern und Umweltbewegungen in den siebziger und achtziger Jahren all jene auf den Plan, die traditionelle Werte gefährdet sahen. Evangelikale Protestanten lehnen sozialreformerische Ideen ab und engagieren sich dafür, traditionelle Glaubenssätze zu bewahren und gegen die Moderne und den Liberalismus zu verteidigen.

Macht RELIGION UND POLITIK

Christlich Rechte kämpfen für „traditionelle amerikanische Werte“ und gegen Säkularismus, Feminismus und Kulturrelativismus. Außenpolitisch beziehen „Rechthgläubige“ (true believers) vor allem Stellung für ein militärisch starkes Amerika und den uneingeschränkten Schutz Israels.

Fragen der nationalen Sicherheit im Kampf gegen den Terrorismus bieten auch eine tragfähige Plattform, auf der sich konservative Eliten und Wähler verschiedener Richtungen versammeln können – und ein Bindemittel, um die Kohäsion einer breiteren dauerhaften Republikanischen Mehrheit zu gewährleisten. Nicht zuletzt bleiben auch konsensfähige wirtschaftspolitische Zielvorstellungen wichtig, um eine feste Koalition zu schmieden.

Es ist nach wie vor eine große Herausforderung für die Partei des amtierenden Präsidenten, ein breites Spektrum von Republikanern – vom wirtschafts- und wertelibertären bis hin zum wertkonservativen, christlich rechten Pol – unter einem Dach zu halten. Die ideologische Klammer bildet dabei das Ziel, den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zu reduzieren. „Defunding the government“ ist der gemeinsame Nenner: Wirtschaftslibertär überzeugte Republikaner glauben an die unsichtbare Hand des Marktes. Für viele Born-Again-Christians und überzeugte Evangelikale sind persönliche Verfehlungen und unmoralisches Handeln die Ursache für wirtschaftliches Versagen. Um diese Verbindung zu stärken, haben die Republikaner das moralische Netzwerk der christlichen Rechten mit dem wirtschaftspolitischen verknüpft. Grover Norquist, Präsident der Americans for Tax Reform (ATR) und Vertrauter Karl Roves, organisiert in seinem zentral gelegenen Büro in Washington ein wöchentliches „Wednesday Meeting“ mit mittlerweile 100 bis 150 Amtsträgern der Legislative und Exekutive sowie Vertretern von Interessengruppen und Basis-Organisationen.

Auch im Parlament wird Politik über Netzwerke gleich Gesinnter oder gleich Interessierter gesteuert. Abgeordnete und Senatoren mit konservativer, christlich rechter Gesinnung sind im Kongress gut organisiert. Das 85 Mitglieder starke Republican Study Committee (RSC) im Abgeordnetenhaus ist eine der einflussreichsten Gruppen. Bis Mitte der neunziger Jahre wurde es vom jetzigen Mehrheitsführer Tom DeLay geführt – in Kooperation mit Jim Backlin, inzwischen Chef-Lobbyist der Christian Coalition. Das RSC ist nah an der Führung im Repräsentantenhaus dran und gleicht Spannungen zwischen wirtschaftslibertären und wertkonservativen Parteimitgliedern aus.

Die Wertkonservativen, etwa 40 Abgeordnete, sind im Value Action Team (VAT) zusammengeschlossen. Das VAT wird vom Abgeordneten Joseph Pitts und Senator Sam Brownback geleitet und koordiniert die Positionen verschiedener Interessengruppen und Thinktanks. In diesem informellen Netzwerk sind etwa 30 bis 40 Organisationen, insbesondere die christlich rechten, regelmäßig vertreten, um ihren Interessen politisches Gehör zu verschaffen.

Besonders wirksame Mittel der politischen Einflussnahme sind das Schalten von Themenanzeigen-Kampagnen oder – wie es die Christian Coalition vorbildlich praktiziert – Hinweise an die Anhängerschaft auf das Abstimmungsverhalten

EINZELNE POLITIKER LAUFEN STÄNDIG GEFAHR, IM RAHMEN EINFLUSSREICHER KAMPAGNEN AN DEN PRANGER GESTELLT ZU WERDEN

einzelner Abgeordneter. Dafür werden so genannte Wählerprüfsteine (scorecards) und Orientierungshilfen für Wähler (voter guides) in Umlauf gebracht. Der scorecard-informierte Wähler kann sich anhand der angegebenen Indizes (von 0 bis 100 Prozent) selbst ein Urteil darüber bilden, wer ein hundertprozentiger Wegbegleiter oder Wegbegleiter der guten Sache gewesen ist.

Wirkungsvoll ist das deshalb, weil in den USA ein Abgeordneter oder Senator in seinem Wahlkreis beziehungsweise Einzelstaat nicht primär als Parteivertreter, sondern als politischer Einzelunternehmer wahrgenommen wird. Er wird nach seinem persönlichen Abstimmungsverhalten von Interessengruppen definiert und finanziert. Da US-Abgeordnete und Senatoren keiner Parteidisziplin unterworfen sind, können sie sich auch nicht hinter ihr verstecken. Einzelne Politiker laufen ständig Gefahr, im Rahmen einflussreicher Kampagnen an den Pranger gestellt und gegebenenfalls bei der Kandidatur um eine Wiederwahl persönlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie wägen deshalb bei jeder einzelnen Abstimmung gründlich ab, wie sie sich bei den nächsten Wahlen für sie persönlich auswirken könnte.

Bei der UNEFPA-Abstimmung (über die Finanzen des Weltbevölkerungsfonds) zum Beispiel stellte neben anderen Grass-Roots-Organisationen der Christlichen Rechten auch das Eagle Forum Kongressabgeordnete vor eine solche Gewissensentscheidung: „Die UNEFPA-Abstimmung wird morgen stattfinden“, erklärte zum Beispiel die Geschäftsführerin des Eagle Forums Lori Waters.

RELIGION UND POLITIK **Macht**

„Deshalb haben wir mit einem E-Mail-Alarm unsere gesamte Mitgliederbasis informiert: ‚Die Abstimmung wird extrem knapp ausfallen, fordert deshalb Euren Abgeordneten auf, für diese Gesetzesänderung zu stimmen.‘“ Das Eagle Forum gibt zudem Namenslisten heraus und benennt einzelne Abgeordnete, die „besondere Aufmerksamkeit“ benötigten. Laut Waters erweist sich dieses Vorgehen als besonders effektiv: „Wenn ein Kongressabgeordneter sieht, dass er auf einer Liste steht, dann ist er wirklich hellwach und merkt, dass er Farbe bekennen muss.“

**DIE CHRISTLICHE RECHTE IST IM
„BODY POLITIC“, IM ZENTRUM DER
POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG
UM DIE MACHT, ANGEKOMMEN**

Die Basisarbeit der Christlichen Rechten zeitigte Erfolge: Die Bush-Administration fror im Juli 2003 den vom Kongress bewilligten 34-Millionen-US-Dollar-Beitrag für den Weltbevölkerungsfonds ein, nachdem Abtreibungsgegner dem Fonds unterstellt hatten, mit seinen Mitteln Zwangsabtreibungen und Sterilisation in China unterstützt zu haben. Dies geschah, obwohl Außenminister Powell zuvor den Anschuldigungen auf der Grundlage einer Untersuchung des State Department widersprochen hatte. Im September wurden die dem UN-Bevölkerungsfonds vorenthaltenen Gelder dann nationalen Organisationen zugewiesen: dem Child Survival and Health Programs Fund der U.S. Agency for International Development (USAID). Ein weiterer Versuch, im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 jeweils 50 Millionen US-Dollar für den UN-Bevölkerungsfonds zu autorisieren, scheiterte an der Vetodrohung des Präsidenten.

In der bisherigen Amtszeit von Präsident Bush konnte die Christliche Rechte weitere Erfolge vorzeigen. Als einer seiner ersten Amtshandlungen reaktivierte Bush die von seinem Vorgänger Clinton 1993 außer Kraft gesetzte „Mexico City“-Politik. Diese Politik geht auf die Reagan-Administration zurück. Sie wurde 1984 anlässlich der International Conference on Population in Mexico City offiziell angekündigt und verpflichtete alle NGOs, die amerikanische Gelder erhalten, bei ihrer internationalen Arbeit zur Geburtenkontrolle keine Abtreibungspraktiken zu unterstützen. Präsident Bush setzte die „Mexico-City“-Politik wieder in Kraft und untersagte der USAID, Gelder an Orga-

nisationen zu geben, die in Familienplanungsprogrammen Abtreibung nicht ausschließen. Unter der Federführung des Republikanischen Abgeordneten Joseph Pitts, der im Abgeordnetenhaus das Value Action Team anführt, waren Anfang September 2003 insgesamt 48 Abgeordnete im Namen ihrer Wähler und der mit ihnen in enger Verbindung stehenden Aktivisten dem Präsidenten erneut zu Dank verpflichtet, als er die „Mexico City“-Politik auf alle Familienplanungsprogramme des State Department ausweitete.

Insgesamt ziehen religiöse Aktivisten für ihren Präsidenten eine gute Zwischenbilanz: „Seitdem die Bush-Administration an der Regierung ist, konnten wir eine dramatische 180-Grad-Wende gegenüber dem Kurs der Clinton-Delegierten beobachten“, bestätigt Wendy Wright, Senior Policy Director der Concerned Women for America (CWA). „Wir haben jetzt Delegierte bei den Vereinten Nationen, die für die Ehe, Familien- und ‚pro-life‘-Werte eintreten.“ Diese politischen Ergebnisse sind einerseits dem Präsidenten geschuldet; die Christian Right kann sie andererseits aber auch dem eigenen, pragmatischen Engagement und ihrer Professionalisierung gutschreiben.

Die Christliche Rechte ist im „body politic“, im Zentrum der politischen Auseinandersetzung um die Macht, angekommen. Sie hat sich von ihrer gesellschaftlichen Randlage in den politischen Mainstream bewegt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis eines langwierigen Lernprozesses sowohl der Republikanischen Parteistrategen als auch der Christlichen Rechten, der sie von den Anfängen fundamentalistischen Sektierertums in ein Stadium des politischen Pragmatismus führte.

Christlich Rechte bleiben auf absehbare Zeit innen- und außenpolitisch relevante Akteure, die amerikanischen Präsidenten – und die mit ihnen verhandelnden internationalen Partner – ernst nehmen sollten. Europäische Politiker wie Nichtregierungsorganisationen sollten das Gespräch mit Vertretern christlich rechter Organisationen in den Vereinigten Staaten suchen – nicht zuletzt, um deren Sicht der Realität zu verstehen, um künftige transatlantische Herausforderungen zu erkennen und Verständigungsmöglichkeiten auszuloten.

Dr. Josef Braml ist Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sein Buch „Amerika, Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis“ ist im Januar 2005 bei Matthes & Seitz Berlin erschienen.